

Frieden mit der Natur – Die Schöpfung bewahren

Aspekte des Umweltschutzes

Der Duisburger Landesparteitag vom Dezember letzten Jahres hat ein umweltpolitisches Papier mit obengenanntem Titel verabschiedet. Den ersten Teil dieses Beschlusses haben wir in der letzten Ausgabe von UiD NRW veröffentlicht. Heute folgt das 2. Kapitel „Chemie und Umwelt“.

Der Landesvorstand hat beschlossen, daß für den 5. Landesparteitag, der am 12. November 1988 in Aachen stattfinden wird, weitere Aspekte des Umweltschutzes erarbeitet werden.

Chemie und Umwelt

- ① Nordrhein-Westfalen ist Standort für viele Chemieunternehmen mit teilweise weitläufigen Produktionsanlagen. Die chemische Industrie ist inzwischen einer der größten gewerblichen Arbeitgeber im Land. Sie hat in den vergangenen zwei Jahrhunderten große Leistungen erbracht
 - zur Verbesserung der Ernährung und Gesundheit der Weltbevölkerung,
 - zur Erhöhung des Lebensstandards der Bürger,
 - zur Erleichterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen und
 - zur Sicherung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit.
- Die chemische Industrie gewinnt für die Weiterentwicklung und die Nutzung zukünftiger Techniken herausragende Bedeutung. Sie ist mitentscheidend für den Einsatz der Biotechnologie sowie für

neue Grund- oder medizinische Wirkstoffe.

Der chemischen Industrie kommt bei der Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen eine besondere Verantwortung zu.

- ② Chemische Produktionen sind nicht selten Eingriffe in die natürliche Umwelt und in die gewachsene Kulturlandschaft. Sie bergen Risiken für die Gesundheit der Menschen und für die Umwelt. Diese Risiken müssen nicht nur weiter gemindert werden, sie gilt es zu bewältigen.
- ③ Die Vergiftung des Rheins z. B. durch den Brandunfall im Lager der Fa. Sandoz hat drastisch den möglichen Schadensumfang von Unfällen in chemischen Anlagen aufgezeigt. Seitdem sind die Sicherheitsvorschriften durch die Bundesregierung erheblich verschärft worden. Die Einhaltung des hohen Sicherheitsstandards bei Genehmigungsverfah-

ren für chemische Anlagen muß auch während des Betriebs sichergestellt werden. **Deshalb muß die chemische Industrie veranlaßt werden, in möglichst kurzer Zeit Produktionen weitgehend in geschlossenen Kreisläufen herzustellen.** Sonderabschreibungen sollen der chemischen Industrie für diese Aufgabe angeboten werden.

④ Die CDU bekennt sich zum Verursacherprinzip. Umweltschutz hat direkt bei den Unternehmen zu beginnen. Umweltschutzinvestitionen der Unternehmen sollten vorrangig darauf gerichtet sein, gefährliche Stoffe durch umweltverträglichere zu ersetzen oder, wenn dies nicht möglich ist, den Einsatz gefährlicher Stoffe zu minimieren. Die Aus- und Fortbildung der Beschäftigten in sicherheitstechnischen Fragen auf dem jeweils neuesten Stand muß gewährleistet werden.

Auch mit dem Blick auf das Gefahrenpotential chemischer Anlagen sind regelmäßige Überprüfungen durch betreiberunabhängige Institutionen und wenn nötig Erneuerungen technischer Anlagen notwendig. Maßstab all dieser Aktivitäten muß es sein, daß keine Verlagerung der Umwelt- und Gesundheitsprobleme stattfindet. Daher lehnt die CDU Nordrhein-Westfalen zum Beispiel die Idee einer Abwasserpipeline entlang des Rheins ab. Es kann nicht Ziel unserer Gewässerschutzpolitik sein, statt Abwässer zu klären sie einfach in die Nordsee zu leiten und diese damit zu belasten. Eine solche Politik ist in gleicher Weise zu verurteilen wie die „Hohe-Schornstein-Politik“, die die SPD in den 60er und Anfang der 70er Jahre für das Ruhrgebiet ausgerufen hat.

⑤ Die SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen wird dem von ihr propagierten Anspruch, das Land ökologisch zu erneuern, nicht gerecht. **Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert sie daher**

auf, endlich eine anspruchsvolle, langfristig angelegte Vorsorgepolitik zum Schutz der Menschen und der Umwelt zu entwickeln. Diese ist in enger Abstimmung mit der Bundesregierung durchzusetzen.

⑥ Staatliche Vorsorgepolitik umfaßt

- a) die Ausfüllung, den Vollzug und die Weiterentwicklung des bestehenden gesetzlichen Ordnungsrahmens,
- b) die Errichtung effizienter Kontrollmechanismen,
- c) die Umsetzung marktnaher Instrumente sowie
- d) die Entwicklung und Realisierung freiwilliger Lösungen der Industrie.

Freiwillige Lösungen und marktnahe Instrumente sind ordnungsbehördlichen Maßnahmen dann vorzuziehen, wenn der Schutzzweck durch sie in gleicher Weise erreicht wird oder wenn Umweltschutzmaßnahmen wegen supranationaler Rechtsbeziehungen nicht kurzfristig gesetzlich gefordert werden können. Nur so kann eine Dynamisierung im Umweltschutz erreicht werden.

a) Gesetzlicher Ordnungsrahmen

Schon heute liegt ein umfangreiches Regelwerk, z. B. für den Gewässerschutz, die Abfallwirtschaft, die Verwendung von Umweltchemikalien und die Luftreinhaltung vor. Es ist in den letzten Jahren durch Initiativen der Bundesregierung wesentlich verbessert worden. Das Bundesimmissionsschutzgesetz, das Wasserhaushaltsgesetz, das Abwasserabgabengesetz, die Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft, das Pflanzenschutzgesetz und das Wasch- und Reinigungsmittelgesetz wurden u. a. erlassen bzw. novelliert.

Gerade vor dem Hintergrund schwerer Umweltkatastrophen bleibt die Verpflichtung

tung, den gesetzlichen Ordnungsrahmen weiter zu überprüfen und ggf. zu verbessern. Hierzu können insbesondere folgende Maßnahmen zählen:

■ Ausweitung des Kreises der genehmigungsbedürftigen Anlagen,

■ Ausweitung der Liste störfallrelevanter Anlagen,

■ Ausweitung der Stoffliste hinsichtlich wasser-, boden- und gesundheitsgefährdender Stoffe,

■ Einrichtung eines Datenerfassungs- und Informationssystems zur raschen Identifikation gefährlicher Stoffe bei Transportunfällen,

■ Aufnahme des Merkmals „Wassergefährlichkeit“ in die nationalen und internationalen Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter sowie Überprüfung der schon vorhandenen Sicherheitsvorschriften,

■ Novellierung des Chemikaliengesetzes zur Verbesserung u. a.

1. der Erfassung von Altstoffen und deren toxikologischer Daten. Dabei ist das Anmeldeverfahren für Altchemikalien vorzuschreiben,

2. der Kennzeichnungspflichten für chemische Produkte,

3. der Eingriffsermächtigungen für Verbote und Beschränkungen,

4. des Zugriffs der Landesbehörden auf die beim Umweltbundesamt geführten Dateien für chemische Stoffe.

■ Einschränkung der Ausnahmegenehmigung für die Einleitung verschmutzter Abwässer in die Flüsse und öffentliche Bekanntmachung der Genehmigung.

b) Kontrollmechanismen

Die Überwachung der anspruchsvollen Umweltschutzgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland liegt im Verantwortungs-

bereich der Länder. In Nordrhein-Westfalen sind erhebliche Vollzugsdefizite festzustellen. **Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert von der Landesregierung eine Bestandsaufnahme über den derzeitigen Vollzug der einschlägigen Rechtsvorschriften und erwartet, daß die aufgedeckten Defizite durch geeignete Maßnahmen beseitigt werden.**

Die Effizienz der Überwachung chemischer Anlagen scheitert heute noch allzuoft an der ungenügenden Transparenz des Genehmigungsgebarens der Landesumweltbehörden. Auch mangelt es zum Teil an der wirksamen Kontrollfunktion der Gewerbeaufsichtsämter. Es erscheint dringend geboten, auch die Umweltbelastungsquellen ausreichend transparent zu machen. Die CDU Nordrhein-Westfalen erwartet deshalb von der Landesregierung:

1. **Den Abschluß von freiwilligen Vereinbarungen** zwischen Behörden und Produzenten, die über die gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen insofern hinausgehen, als sie Vorsorgemaßnahmen schneller voranbringen.

2. **Vorlage marktwirtschaftlicher Anreizmodelle**, damit besonders umweltgerechtes Handeln belohnt werden kann.

3. **Verstärkung der betrieblichen Labor- und Meßkapazitäten** zur Ermittlung der Schadstoffkonzentrationen an Arbeitsplätzen und in der Umwelt, insbesondere im Hinblick auf die zeitlich schnelle Datenermittlung nach Unfällen und in Notsituationen.

4. Mithilfe bei einer zu errichtenden **Bundesdatenbank für umweltgefährdende Chemikalien**, die den Landes- und Kommunalbehörden wie auch den interessierten Institutionen und der Wirtschaft Hilfestellung leistet.

5. Wirksamere behördliche Kontrolle der Hersteller, Lagerhalter, Transporteure und Verwender umweltgefährdender Chemikalien.

6. Bündelung der Umweltschutz- und Immissionsschutzaufgaben in der staatlichen Verwaltung.

Die Ausweitung der Kontrolltätigkeit des Staates erfordert auch eine Verbesserung der Personal- und Sachausstattung der Vollzugsbehörden sowie eine permanente Schulung der Mitarbeiter. Diese dringend erforderlichen Personalveränderungen sind möglichst durch Umschichtungen in der Landesverwaltung vorzunehmen.

Weiterhin ist u. a. der Bußgeldrahmen/ das Strafmaß so zu erweitern, daß es für jeden „Umweltsünder“ eine wirksame Abschreckung darstellt.

c) Marktwirtschaftliche Instrumente

Marktwirtschaftliche Instrumente zur Verbesserung des Umweltschutzes wollen das ökonomische Eigeninteresse der Unternehmen nutzen. In diesem Sinne wirkt schon heute die Abwasserabgabe. Sie ist den heute höheren Anforderungen hinsichtlich der zu berücksichtigenden Stoffe und der Abgabenhöhe anzupassen. Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert die Novellierung des Abwasserabgabengesetzes. Die Einführung einer obligatorischen Betriebshaftpflichtversicherung für den Umgang mit gefährlichen Stoffen eignet sich als marktnahes Instrument, da sich die Versicherungsbeiträge nach dem Risikopotential der zu versichernden Objekte richten. Es liegt im wirtschaftlichen Eigeninteresse dieser Unternehmen, die Versicherungsprämie möglichst gering zu halten. Auf diese Weise kann zusätzliches Engagement für den

Umweltschutz in den Unternehmen mobilisiert werden.

Deshalb setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen für eine obligatorische Betriebshaftpflichtversicherung für Umweltschäden auf Bundesebene und europaweit ein. Mit der Einführung der Betriebshaftpflichtversicherung für Umweltschäden muß eine Neuordnung der Umwelthaftung erfolgen. Dabei ist eine verschuldensunabhängige Haftung für den Umgang mit gefährlichen Stoffen bei Störanfällen vorzusehen.

Die Organisation einer Betriebshaftpflichtversicherung für Umweltschäden kann über „Berufsgenossenschaften für Umweltschutz“ erfolgen. Nach dem Vorbild der bestehenden Berufsgenossenschaften könnte eine derartige körperchaftliche Solidargemeinschaft der Anlagenbetreiber mit Selbstverwaltungsscharakter die umwelttechnische Überwachung übernehmen und mit Pflichtbeiträgen im Rahmen der Betriebshaftpflichtversicherung für Umweltschäden finanziert werden.

Die Versicherungswirtschaft ist herausgefordert, eine privatwirtschaftliche Lösung zu entwickeln.

d) Eigenverantwortliche Lösung

Die CDU Nordrhein-Westfalen betrachtet die Eigenverantwortung der Industrie, insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Umwelt, als ein wesentliches Merkmal einer freien und sozialen Wirtschaftsordnung. Langfristig angelegte Vorsorgepolitik erfordert aber, daß freiwillige Vereinbarungen nicht nur als Reaktion auf gravierende Unfallereignisse angegangen werden. Statt dessen fordert die CDU Nordrhein-Westfalen, daß chemische Industrie und Staat versuchen, Risikopo-

tentiale zu analysieren und sie zu minimieren.

Die CDU Nordrhein-Westfalen verlangt darüber hinaus, daß eindeutige und transparente Verantwortlichkeiten für den Umweltschutz in den Chemieunternehmen geschaffen werden. Dazu gehört auch eine Überprüfung der Aufgaben und Befugnisse des Betriebsbeauftragten für den Umweltschutz, dessen größtmögliche Unabhängigkeit durch eine gesonderte Rechtsstellung sichergestellt ist. **Daten zur Umweltbelastung müssen offengelegt werden.**

Die CDU Nordrhein-Westfalen hält es für erforderlich, daß sich die chemischen

Unternehmen freiwillig einer regelmäßigen Sicherheitsüberprüfung ihrer technischen Anlagen unterwerfen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit der Anlagen würde sicherlich durch klare Sanktionsmechanismen gestärkt, die dann greifen, wenn selbstverständliche Sicherheitsvorkehrungen durch das Management der Unternehmen nicht veranlaßt wurden. Eine sofortige Meldung der durch die technische Überprüfung aufgedeckten Tatbestände an die Gewerbeaufsicht ist erforderlich.

Die Überwachung kann sowohl durch die staatlichen Umweltbehörden bzw. die Gewerbeaufsicht als auch durch vereidigte Umweltsachverständige erfolgen.

Termine

18.	2. 1988	10.00 Uhr	KPV NRW und CDU-Landtagsfraktion — Hearing —	Düsseldorf
19.	2. 1988	—	LFA Sport	
25.	2. 1988	17.00 Uhr	LFA Sozial- und Gesundheitspolitik	Düsseldorf
25.	2. 1988	17.00 Uhr	LFA Innenpolitik	Bonn
26.	2. 1988	15.00 Uhr	Landesvorstand	
26.	2. 1988	—	Europakonferenz	
			Klausur des Vorstandes	Bad Godesberg
5.	3. 1988	10.00 Uhr	CDA-Landestagung	Oberhausen
5.	3. 1988	10.00 Uhr	LFA Schule	Schloß Raesfeld
12.	3. 1988	—	4. JU-NRW-Tag	Wuppertal
12.	3. 1988	—	Europakonferenz,	
			Mitgliederversammlung	Mönchengladbach
18.	3. 1988	15.00 Uhr	Landesvorstand	
22.	3. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft	Düsseldorf
16.	4. 1988	10.00 Uhr	LFA Innenpolitik	
			Fachkongreß	Wuppertal
22.	4. 1988	—	Fachkongreß „Technik“	Siegen
23.	4. 1988	—	Fachkongreß „Insolvenzrecht“	
			WIV und LACDJ	Düsseldorf
26.	4. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft	Düsseldorf
29.	4. 1988	15.00 Uhr	Landesvorstand	Unna
7.	5. 1988	—	Fachkongreß „Schule“	Werl

Keine rechtliche Aufwertung eheähnlicher Gemeinschaften

Vorrang für Ehe und Familie

Die CDU des Landes Nordrhein-Westfalen erteilt den Bestrebungen innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion, den rechtlichen Status von eheähnlichen Gemeinschaften aufzuwerten, eine klare Absage. Diese Aussage machte der CDU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des zuständigen Landesfachausschusses, Antonius Rüsenberg, nach einer Sitzung des familienpolitischen Fachausschusses der CDU in Düsseldorf.

Die CDU wisse, daß in der Bundesrepublik ca. 2 Mill. Paare ohne Trauschein zusammenleben. Sie respektiere die persönliche Entscheidung des einzelnen Bürgers und wende sich gegen jede Form der Diskriminierung.

Für die CDU habe sich Ehe und Familie jedoch als die beständige Form des menschlichen Zusammenlebens erwiesen. Nach ihrer Auffassung seien sie das Fundament unserer Gesellschaft und unseres

Staates. Weder der Staat noch andere gesellschaftliche Lebensformen könnten sie ersetzen.

Kritik übte Rüsenberg auch an der Aussage des SPD-Fraktionsvorsitzenden, Prof. Friedhelm Farthmann, der auf der Jahrestagung der Familienverbände ausgeführt hatte, daß der Begriff der Familie sehr viel weiter gefaßt werden müsse als bisher und anders als früher heute nicht mehr ausschließlich an die Institution Ehe gekoppelt werden könne.

Dieser Auffassung widerspreche die CDU NRW entschieden. Ehe und Familie sind nach ihren Ordnungsvorstellungen nicht trennbar. Ehe und Familie sei eine Gemeinschaft, die auf Lebenszeit angelegt sei. CDU-Politik sei darauf ausgerichtet, den Verfassungsgeboten des Grundgesetzes und der Landesverfassung, die Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellen, zu Wirksamkeit zu verhelfen.

Mutter- und Kind-Hilfe e. V.

Der Landesvorstand der CDU NRW hat beschlossen, in diesem Jahr eine große Aktion „Ja zum Leben“ durchzuführen.

Nach der Verabschiedung des familienpolitischen Programms beim letzten Landesparteitag und neben der inhaltlichen Vorbereitung des Bundesparteitages sollen vor allem konkrete Hilfsangebote im Vordergrund der Aktion stehen.

Die Wanderausstellung des Landesverbandes „Ohne Kinder stirbt die Welt“ wird schon jetzt stark nachgefragt. Auch will die CDU NRW die Aktion der Frauenvereinigung „Kleine Hände“ entsprechend unterstützen. Die ersten Vereine werden z. Z. gegründet.

Ein weiteres Beispiel der aktiven und unmittelbaren Hilfe liefert die „Mutter- und Kind-Hilfe e. V.“, eine Arbeitsgemein-

schaft, die 1973 von CDU-Frauen in Ostbevern ins Leben gerufen wurde.

Zweck und Aufgabe des Vereins ist es, zu verhindern, daß Kinder beim Ausfallen der Bezugsperson durch Krankheit etc. in Heimen untergebracht werden müssen, bzw. daß Kinder, deren Mütter erwerbstätig sind, tagsüber ohne Aufsicht bleiben.

Alle Kinder, ohne Rücksicht auf Konfession oder politische Anschauung der Eltern sollen unter den genannten Bedingungen eine familiengemäße Betreuung bei Tagesmüttern erfahren.

Der Vorstand des Vereins bemüht sich, die Pflegemütter und die zu betreuenden Familien nicht nur einmal zusammenzu-

führen, sondern er will ihnen auch bei ihren täglichen Aufgaben und Problemen zur Seite stehen. Dies geht von Kontakten zu Behörden bis zu pädagogischen und psychologischen Seminaren, von der Vermittlung von Bettchen oder Kinder-Autositzen bis zu Hilfen bei Verständigungsschwierigkeiten.

Hildegard Tünte, Landesvorstandsmitglied und Vorsitzende dieser Arbeitsgemeinschaft in Ostbevern-Telgte, ist gern bereit, in anderen Orts- oder Kreisverbänden über ihre Arbeit zu berichten und Tips und Hinweise für die Gründung ähnlicher Arbeitsgemeinschaften zu geben. Ihre Adresse: Hildegard Tünte, Prozessionsweg 21, 4412 Ostbevern, Telefon (0 25 32) 50 52.

„Konsolidierungskurs“ gescheitert

Als „Alarmsignal“ hat CDU-Finanzexperte Hartmut Schauerte das Eingeständnis von Finanzminister Diether Posser gewertet, das Land werde in den kommenden Jahren den „Konsolidierungspfad“ verlassen und erheblich höhere Kreditverpflichtungen eingehen müssen.

Schauerte: „Die CDU lehnt diesen verhängnisvollen Weg vor dem Hintergrund der beispiellos hohen Schuldenlast des Landes NRW entschieden ab. Von den von der Landesregierung angekündigten Wachstumspfaden gibt es offenbar nur noch einen: den Schuldenpfad.“ Wenn Posser jetzt die Schleusen für wachsende Neuverschuldungsraten öffne, wiederhole er die gravierenden Fehler der Vergangenheit. Damit, so Schauerte, kehre Posser „zu seinen Anfängen zurück“. „Denn schließlich war es dieser Finanz-

minister, der zuließ, daß mit seinem Amtsantritt horrende Neuverschuldungen bis zur Rekordhöhe von 10,1 Milliarden Mark im Jahre 1981 in Kauf genommen wurden.“

Schauerte bedauerte, daß Posser kein Wort zu den Risiken verloren habe, die sich aus dem anstehenden Tarifaabschluß im öffentlichen Dienst für die Landeskasse ergeben. Die geforderten 5prozentigen Einkommenserhöhungen würden das Land im laufenden Haushaltsjahr mit 700 Millionen Mark belasten. Schauerte: „Es wäre Possers Pflicht gewesen, darauf warnend hinzuweisen.“

Der CDU-Finanzexperte forderte die Landesregierung erneut eindringlich auf, im Etat 1988 alle Einsparungsmöglichkeiten zu nutzen und zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben Landesvermögen einzusetzen.

Ruhr-Tour am 21. und 22. April 1988

„Wirtschaft und Technologie“

Gemeinsam mit der CDU-Fraktion im Kommunalverband Ruhrgebiet lädt die KPV/NW alle Interessenten zu Exkursionen durch das Revier ein. Die erste Veranstaltung ist für den 21. und 22. April 1988 zum Themenbereich „Wirtschaft und Technologie“ mit folgendem Programm vorgesehen:

Donnerstag, 21. April 1988

13.30 Uhr Treffpunkt Hauptgebäude des Kommunalverbandes Ruhrgebiet in Essen, Kronprinzenstraße 35, Sitzungssaal im Erdgeschoß

- Begrüßung
- Einführung und Multivisionsschau „Ruhrgebiet“

14.15 Uhr Abfahrt mit dem Bus

Essen

- Hellwegbereich
- Strukturwandel
- Verkehrsinfrastruktur

Bottrop

- Anlage zur Kohleverflüssigung
- Schachanlage Prosper II

Oberhausen

- Schachanlage Osterfeld
- Thyssen-Niederrhein AG
- Gewerbepark AG
- EVO (kommunales Energieversorgungsunternehmen)

Mülheim

- Mannesmann (Großröhrenproduktion)
- Thyssen Guß AG
- Besuch des „Zentrums in Nordrhein-Westfalen für Innovation und Tech-

nik GmbH“ (ZENIT), das in der ehemaligen Villa der Familie Thyssen in Mülheim angesiedelt ist, mit Einführung in die Aufgaben und die Arbeit der Einrichtung

18.00 Uhr Ankunft am Hotel „Handels-hof“ in Essen

Freitag, 22. April 1988

8.15 Uhr Abfahrt vom Hotel „Handels-hof“

9.00 Uhr Ankunft bei der Thyssen Stahl AG in Duisburg-Hamborn, Besichtigung der Werksanlagen mit Hochofenabstich

14.00 Uhr Sportpark Wedau mit Freizeitanlage (Sechs-Seen-Platte) Ruhrtal als Grün- und Freizeitbereich

15.30 Uhr Rückkehr zum Hotel „Handels-hof“

Der Eigenanteil der Teilnehmer ist auf 25 DM bei Doppelzimmer- und 50 DM bei Einzelzimmer-Unterbringung festgelegt. Er umfaßt alle Leistungen der Tour einschließlich Abendessen, Übernachtung, Frühstück und Mittagessen am zweiten Tag. Die Kosten der Anfahrt gehen zu Lasten der Teilnehmer.

Interessenten können sich bereits jetzt bei der KPV-Landesgeschäftsstelle anmelden. Anmeldeschluß ist der 8. April 1988.

Eine weitere Tour ist für den 23. und 24. Juni 1988 unter dem Thema „Freizeit und Natur“ vorgesehen. Die dritte Tour im Jahre 1988 unter dem Thema „Bildung und Kultur“ soll im September 1988 durchgeführt werden.